

# Rentenpläne der Verbraucherschützer greifen zu kurz



„Die Pläne der Verbraucherschützer, die private Rentenvorsorge komplett in einen staatlichen Vorsorgefonds zu überführen, ändert am Systemfehler der kapitalgedeckten Rente gar nichts. Vor allem ist das kein radikaler Umbau, sondern ein verhältnismäßig schwacher letzter Versuch, ein gescheitertes System am Leben zu erhalten,“ sagte Stefan Dreher von der Landesarbeitsgemeinschaft „Betrieb und Gewerkschaft“ der Südwest-Linken, „vielmehr ist eine Stärkung der Umlage-finanzierten gesetzlichen Rente notwendig.“

Dreher weiter: „Jeder Fonds – und sei er noch so gut staatlich beaufsichtigt – entzieht dem System Kaufkraft. Und es ist gerade in der nicht absehbaren Finanzkrise geradezu irrsinnig, Verbrauchern eine politische Empfehlung zu geben, den Finanzmarkt zu befeuern, wenn es um Sicherheit und Vorsorge geht. Das gesetzliche Umlageverfahren hat sich jedoch bewährt. Es wurde zwar durch politische Fehlentscheidungen wie die der ‚Riester-Treppe‘, ein anderes Wort für Rentenkürzung, beschädigt. Aber alle politischen Fehlentscheidungen können zurückgenommen werden. Außerdem wurde das Umlageverfahren seitens mächtiger Propagandafeldzüge der Privatversicherer mittels demografischer Lügen leider erfolgreich aber völlig zu Unrecht als unbezahlbar diffamiert.“

Volkswirtschaftlich entziehen die Riester-Fonds jährlich dem Binnenmarkt 15 Milliarden Kaufkraft.

Dabei wurde das gesetzliche Rentensystem 1957 durch Adenauer aus dem Grund wieder eingeführt, um die gescheiterte

kapitalgedeckte Rente zu ersetzen und die Rentner am gesellschaftlichen Wohlstand zu beteiligen. Seitdem war bis Riester das Wort „Altersarmut“ im deutschen Wortschatz nicht mehr vorhanden.

Die richtige Antwort der Verbraucherschützer müsste also lauten: ‚Vergesst die Kapital-gedekte Vorsorge und baut die gesetzliche Umlage-Rente wieder armutsfest aus.‘ Alles andere greift zu kurz.“

StZ\_Verbraucherschuetzer\_wollen\_ausschliesslich\_staatliche\_Kapitalvorsorge